



# KAPITEL 2.4

## Die bedeutendsten Erscheinungsformen von transnationalem Extremismus in Deutschland

Sercan Bayrak, Murat Sandikci

### Sercan Bayrak

studierte Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Stuttgart. Sie leitet das Referat Ausländerextremismus im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Bereits seit 2002 beschäftigt sie sich mit dem Thema transnationaler Extremismus..

### Murat Sandikci

Berufs- und Arbeitspädagoge und seit 1997 in der Gewaltprävention tätig. Murat Sandikci ist freiberuflicher Bildungsreferent und Berater gegen Rechtsextremismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg und arbeitet als freiberuflicher Anti-Aggressivitäts-Trainer® für die Bewährungshilfe Ulm e. V. mit straffälligen Erwachsenen.

Der polizeiliche Phänomenbereich „Politisch Motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ geht Hand in Hand mit der vom Verfassungsschutz geprägten Kategorie „Ausländerextremismus“. Dabei handelt es sich um einen Sammelbegriff für unterschiedliche Extremismusarten, deren Gemeinsamkeiten der Ursprung im Ausland und ihre Transnationalität sind. Die für die deutschen Sicherheitsbehörden und auch gesellschaftlich relevantesten transnational-extremistischen Organisationen sind momentan jene mit einem Türkeibezug. Sie existieren zum Teil schon seit mehreren Jahrzehnten, haben einen konstanten Mitgliederstamm und sind dennoch wissenschaftlich wenig erforscht. Diese Phänomene als einfache „Konfliktimporte“ zu bezeichnen, würde zu kurz greifen. Eine erfolgreiche Präventionsarbeit setzt ein fundiertes Wissen sowohl über die Akteure und die von ihnen transportierten Inhalte als auch über die Strukturen und Aktionsformen der im Fokus stehenden Organisationen voraus. Nicht zuletzt stellt sich hier für die Präventionsarbeit die Frage, weshalb junge Menschen in Deutschland Identitätsangebote transnational-extremistischer Organisationen annehmen und welche alternativen Identitätskonstruktionen ihnen hier offeriert werden können.

## Begriffsklärung und Schwerpunktsetzung

### „Politisch Motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ und „Transnationaler Extremismus“

Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ (PMK-ausländische Ideologie) werden Straftaten zugeordnet, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung der Täterin oder des Täters entscheidend für die Tatbegehung war. Dies gilt insbesondere, wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Straftaten der PMK-Ausländische Ideologie können auch durch deutsche Staatsangehörige begangen werden.<sup>1</sup>

Doch die Bundesrepublik Deutschland ist eine „streitbare (wehrhafte) Demokratie“. Neben der Wertegebundenheit und der staatlichen Bereitschaft, diese Werte gegenüber Extremistinnen und Extremisten<sup>2</sup> zu verteidigen, bedeutet das auch, die Verfassung schon im Vorfeld zu schützen. Der Staat schreitet nicht erst ein, wenn extremistische Personengruppen gegen Gesetze verstoßen (politisch motivierte Kriminalität), sondern bereits vor der eigentlichen Tat. Diese Aufgabe übernimmt der Verfassungsschutz, der Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland.

Extremismusprävention setzt noch einen Schritt früher an und will die Radikalisierung von Personen in extremistische Milieus hinein verhindern. Um Extremismusprävention erfolgreich betreiben zu können, muss man wissen, welche extremistischen Vereinigungen es gibt, wer die Handelnden sind, was ihre Motivation ist und welcher Handlungsformen sie sich bedienen. Erst dann kann frühzeitig eine Radikalisierung erkannt und dieser gegen-gesteuert werden.

1 Bundeskriminalamt 2016; um eine differenziertere Betrachtungsweise der Fallzahlen zu ermöglichen, wurde der Bereich der PMK Ausländer ab 01.01.2017 bundeseinheitlich in die beiden neuen Phänomenbereiche Ausländische Ideologie und Religiöse Ideologie aufgeteilt.

2 Zum Extremismusbegriff siehe Kapitel 1.

Im vorliegenden Kapitel sollen extremistische Organisationen und ihr Umfeld dargestellt werden, die in Deutschland aktiv sind, aber ihren Ursprung im Ausland haben und inzwischen transnational – also über Staatsgrenzen hinaus – ausgerichtet sind. Der Verfassungsschutz verwendet hierfür traditionell den Begriff des „Ausländerextremismus“, auch wenn es sich bei den Akteuren rechtlich nicht nur um „Ausländer“ handelt.<sup>3</sup> Emre Arslan spricht in seinem Buch „Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum“ von „transnationalen Übergängen“ und meint damit finanzielle, personale, organisatorische und ideologische Schnittstellen zwischen ultranationalistischen Mutterparteien in der Türkei und ihren Ablegern in Deutschland. Mittlerweile haben alle Organisationen aus dem Phänomenbereich „Ausländerextremismus“, sowohl rechts- als auch linksextremistische, europaweite Gesamtstrukturen mit eigenen „Deutschlandvertretungen“ aufgebaut. Aufgrund der durchweg hierarchischen Strukturen empfangen ihre in Deutschland lebenden Anhänger politisch-strategische Richtlinien aus den jeweiligen Ursprungsländern und setzen diese bereitwillig in die Tat um. Die Stärkung der Hauptorganisation ist dabei immer das langfristige Ziel, damit diese in die Lage versetzt wird, ihre politische Agenda vor Ort umzusetzen.

### Exkurs

## Transnationale Migration

*Bei der Analyse von Migration als einem transnationalen Phänomen stehen Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten auf politischer, ökonomischer und soziokultureller Ebene über Ländergrenzen hinweg im Fokus. Zu soziokulturellen transnationalen Aktivitäten zählen beispielsweise Besuche und die Kontaktaufrechterhaltung mit Familie und Freunden im Auswanderungsland oder auch eine Mitgliedschaft in sozialen Organisationen dort. Vor der „Entdeckung“ der Transnationalität beschäftigte man sich lediglich mit „einfachen“ Migranten, die ihren Wohnort auf Dauer wechselten („internationale Migration“ bzw. „Binnenmigration“), oder mit Menschen, die nach einem längeren Aufenthalt wieder in ihre „Heimat“ zurückkehren („Remigration“). Die Realität ist inzwischen jedoch komplexer:*

*„Immer mehr Menschen leben hier und „außen“, sie entwickeln transnationale Netzwerke, erweitern ihre Lebensräume, Erfahrungen und Normen über nationale Grenzen hinweg und betreten die Weltbühne als global vernetzte Akteure der Zivilgesellschaft, die im jeweils nationalstaatlichen Raum selbstbewusste Mitsprache und Beteiligungsrechte fordern.“<sup>4</sup>*

*Vor allem dank globaler Vernetzung durch das Internet werden inzwischen vielfältige transnational-soziale Beziehungen aufgebaut. So überwinden Migranten räumliche Distanzen und können sowohl kognitiv (erkenntnismäßig) als auch emotional (gefühlsmäßig) nahezu das Niveau in ihrem Herkunftsland erreichen. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen dort werden daher auch in Deutschland unmittelbar wahrgenommen und verarbeitet.*

*„Aber es sind nicht nur persönliche Kontakte und die körperliche Mobilität von Menschen, die transnationale Beziehungen schaffen. Auch die mediale Kommunikation und die virtuellen Netzwerke im Internet ermöglichen es heute immer mehr Menschen, mit anderen Menschen und anderen Orten der Welt in Kontakt zu treten, die sie gar nicht persönlich kennen.“<sup>5</sup>*

<sup>3</sup> Religiös motivierte Bestrebungen, wie der Salafismus, fallen jedoch nicht in diese Kategorie. Hierfür siehe das Kapitel 2.2 „Salafismus, Islamismus und islamistischer Terrorismus“.

<sup>4</sup> Heinrich Böll Stiftung 2011.

<sup>5</sup> Römheld 2011.

## Schwerpunkt: Türkei

Im Folgenden werden ausschließlich extremistische Organisationen mit Ursprung in der Türkei dargestellt. Das hat gute Gründe. In Deutschland leben ca. 3 Millionen Menschen, die einen türkischen Migrationshintergrund haben. Auch wenn ungefähr die Hälfte von ihnen deutsche Staatsbürger sind, orientieren sich nach wie vor viele dieser Menschen an dem Land ihrer Vorfahren. Ihre ursprüngliche nationale Identität – sei es die türkische oder die kurdische – steht für nicht wenige an erster Stelle. Studien haben aber auch gezeigt, dass für diese Menschen eine enge Verbundenheit mit der Türkei nicht im Widerspruch stehen muss zu einer Verbundenheit mit Deutschland.<sup>6</sup>

Mit der türkischen „Teilidentität“ verbunden ist für viele das Interesse an den politischen Entwicklungen in der Türkei. Entsprechend gibt es in Deutschland neben zahlreichen kulturellen Organisationen auch eine Vielzahl politischer Organisationen, die diese Verbundenheit mit der Türkei aufrechterhalten und eine grenzüberschreitende Teilhabe am dortigen Geschehen ermöglichen. Unter den politischen Organisationen mit Türkeibezug sind jedoch auch solche, die in Deutschland als extremistisch eingestuft werden. Die hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke und ihres Aktivitätsgrades bedeutendsten extremistischen Migrantenorganisationen haben mittlerweile alle ihren Ursprung in der Türkei.

Die Schwerpunktsetzung auf die Türkei rechtfertigt auch ein Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik: Im Phänomenbereich „Ausländische Ideologie“ wird seit mehreren Jahren der überwiegende Teil der Straftaten im Zusammenhang mit innertürkischen Konflikten begangen – wenn auch mit Schwankungen.<sup>7</sup>

	2015	2016	2017	2018
PMK-Ausländische Ideologie	1.345	2.650	1.617	2.487
davon das Unterthema „PKK/Kurden/Türkei“	808	1.518	1.028	1.873

Denn sobald sich in der Türkei die politische Situation zuspitzt, reagiert ein Teil der türkischen bzw. kurdischen Community in Deutschland darauf in der Regel mit Demonstrationen und Kundgebungen. In Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen kommt es dann häufig zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz, zu Sachbeschädigungen und zu Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Es werden jedoch auch Gewalttaten wie Widerstands- und Körperverletzungsdelikte oder auch Brandanschläge im Zusammenhang mit innertürkischen Konflikten in Deutschland begangen.

Ein Handlungsfeld, das sowohl extremistische als auch nicht extremistische Organisationen aus der Türkei für sich entdeckt haben, ist der Wahlkampf für dort stattfindende Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen. Denn seit der Reform des türkischen Wahlrechts im Jahr 2012 haben die im Ausland lebenden türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger die Möglichkeit, ihre Stimme auch vor Ort in ihrem Aufenthaltsland abzugeben. Bis dahin waren sie in Ermangelung einer Briefwahl gezwungen, in die Türkei zu reisen, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Daher bringen sich inzwischen die politischen Organisationen in Deutschland noch stärker in den Wahlkampf ein und machen noch mehr Wahlpropaganda für ihre Mutterparteien in der Türkei bzw. für die

<sup>6</sup> Vgl. Schührer 2009; Bundeszentrale für politische Bildung 2009.

<sup>7</sup> Siehe hierzu die jährlich vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat veröffentlichten bundesweiten Fallzahlen „Politisch Motivierte Kriminalität“.

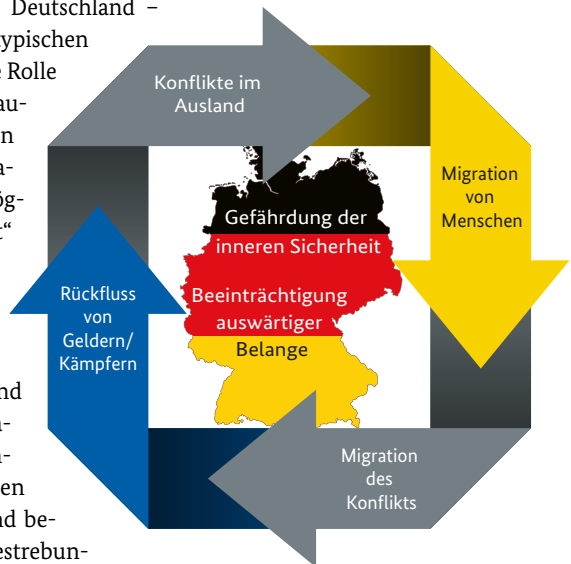
ihr nahestehenden legalen Parteien. Vorrangiges Ziel ist, die Anhängerschaft zur Stimmabgabe zu mobilisieren.

## Erklärungsmodelle für transnationalen Extremismus

### Klassisches Erklärungsmodell

Das klassische Erklärungsmodell für „ausländerextremistische“ Phänomene entspricht einem Kreislauf. Es wird dabei von einem im Ausland existierenden politischen Konflikt (Push-Faktor) ausgegangen, der eine Migration von Menschen auslöst, die an diesem Konflikt aktiv beteiligt oder zumindest von ihm betroffen sind. Sobald nicht nur einzelne Menschen migrieren, sondern sich im Aufnahmeland Gruppierungen bilden, die mit den Konfliktparteien im Heimatland – bei denen es sich in der Regel um politische Organisationen handelt – sympathisieren, migriert auch der Konflikt. Es kommt zu einem „Konfliktimport“. Dieser wird dann im bzw. vom Aufnahmeland aus weiter ausgetragen, wenn auch auf eine andere Art und Weise. Wenn es beispielsweise um die Hoheit über ein Territorium geht – wie in den vergangenen Jahren im vornehmlich kurdisch besiedelten Nordsyrien – agieren die mittelbar betroffenen Akteure im neuen Aufenthaltsland zwar im Sinne des Konflikts, jedoch anders als ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor Ort. Neben Demonstrationen und anderen Protestaktionen ist vor allem das Sammeln von Spendengeldern eine gängige Form der Unterstützung. Der Kreis schließt sich, wenn diese Gelder ins Ursprungsland transferiert werden oder Personen als Aktivistinnen und Aktivisten bzw. Kämpferinnen und Kämpfer rekrutiert werden und dorthin (re)migrieren.

Das Aufnahmeland – in diesem Falle Deutschland – spielt in diesem klassischen und idealtypischen Erklärungsmodell „lediglich“ die passive Rolle eines sicheren Rückzugs- bzw. Aktionsraumes (Pull-Faktor). Die hier herrschenden Verhältnisse sind in der Regel demokratischer und bieten mehr Entfaltungsmöglichkeiten. Durch den „Konfliktimport“ können jedoch innere Sicherheit und auswärtige Belange des Aufnahmelandes beeinträchtigt werden. Die innere Sicherheit wird beispielsweise durch Übergriffe auf die Polizei während unfriedlich verlaufender Demonstrationen oder durch gewalttätige Zusammenstöße zwischen zwei Konfliktparteien gefährdet. Die auswärtigen Belange sind betroffen, wenn von deutschem Boden Bestrebungen ausgehen, deren Zweck darin besteht, gewalt-sam in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen und dadurch das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten oder das Verhältnis zu deren Regierungen beeinträchtigt wird. Dabei muss die Gewaltanwendung nicht unbedingt auf deutschem Hoheitsgebiet stattfinden. Es können hier auch lediglich die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden.



## Neuere Erklärungsansätze

Was beim klassischen Erklärungsmodell unberücksichtigt bleibt, sind die im Aufenthaltsland vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen. Die langjährige Befassung mit diesen Phänomenen hat jedoch inzwischen zu der Erkenntnis geführt, dass die einfache Hypothese eines „Konfliktimports“ offensichtlich nicht vollumfänglich greift. Dies gilt besonders für Personen, die sich innerhalb transnational-extremistischer Milieus bewegen, ohne selbst Migrationserfahrungen zu haben, sondern Nachkommen von einstigen Migranten oder Menschen ohne jeglichen Migrationshintergrund sind. Hier gilt es, weitere Faktoren für die Entstehung bzw. Aufrechterhaltung transnational-extremistischer Milieus zu identifizieren.

Jan Hanrath schreibt in seinem Aufsatz „Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten“, dass eine Reihe von Forschern davon ausgehen würden, „dass es gerade die Bedingungen im Einwanderungsland sind, die bedeutend zu einer Identitätsbildung und Orientierung von Migranten beitragen, und die Konflikt dynamiken entsprechend aus ihnen resultieren.“<sup>8</sup> So können beispielsweise Diskriminierungserfahrungen vor allem bei Jugendlichen Radikalisierungstendenzen auslösen und sie in transnational-extremistische Milieus treiben (Push-Faktor). Hanrath schreibt hierzu, dass „Diskriminierungserfahrungen, Frustration und eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit seitens der Aufnahmegesellschaft zu einer

Intensivierung der Tendenz zu Abgrenzung und Exklusion“ beitrage. Jugendliche mit Migrationshintergrund würden sich dann in der für sie wichtigen Phase der Identitätsbildung „entlang ethnischer Linien“ orientieren.

Von bereits in extremistischen Milieus verkehrenden Eltern kann zudem eine Sogwirkung (Pull-Faktor) auf ihre Kinder ausgehen. Dieses Phänomen lässt sich bei allen Gruppierungen des sogenannten Ausländerextremismus beobachten – sowohl bei nationalistischen als auch bei linksextremistischen.

### KOLLEKTIVISMUS<sup>9</sup>

*Kollektivismus ist eine Sammelbezeichnung für gesellschaftspolitischen Auffassungen, bei welchen die Werteorientierung und Normen aus den Interessen des Kollektivs (bspw. Gemeinschaft oder Gruppe) hergeleitet werden. Der einzelne Bürger ordnet sich den Interessen des Kollektivs unter und handelt nach dem gemeinschaftlichen Werte- und Normsystem.*

Meist sind zwei, wenn nicht sogar drei Generationen in ein und derselben Organisation aktiv. Die ohnehin im türkischen und kurdischen Kulturkreis vorherrschenden engen familiären Bindungen und der dort vorherrschende Kollektivismus tragen dazu bei, dass Werte – auch politische – in der Regel, ohne hinterfragt zu werden, für die eigene Person übernommen werden.

Doch nicht nur familiäre Bindungen können den Weg in extremistische Milieus vorbereiten. Vor allem Jugendliche orientieren sich in der Selbstfindungsphase an identitätsstiftenden Konzepten aus dem Freundeskreis. So kommt es immer wieder vor, dass deutsche Jugendliche ohne entsprechende ethnische Wurzeln sich vor allem dem türkisch/kurdisch geprägten linksextremistischen Milieu zuwenden. Vergleichbar mit zum Islam konvertierten Personen, die eine besondere Radikalität entwickeln, erlernen diese Jugendlichen in kürzester Zeit die kurdische Sprache oder machen sich mit den ideologischen Grundlagen der entsprechenden Organisation vertraut. Einige von ihnen gehen sogar soweit, sich dem bewaffneten Kampf im jeweiligen Krisengebiet anzuschließen, wohlwissend, dass sie diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen könnten.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Hanrath 2012.

<sup>9</sup> Bundeszentrale für politische Bildung 2016; Hillmann 2007.

<sup>10</sup> Für weitere mögliche Ursachen von Radikalisierung Jugendlicher siehe das Kapitel 3.

## Akteure und Inhalte

Die politischen Agenden der hier zur Debatte stehenden transnational-extremistischen Vereinigungen variieren je nach Art der Organisation: **Separatistische Gruppierungen** haben eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates zum Ziel. **Nationalistische Organisationen** zeichnen ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation und die Abwertung anderer Völker aus. **Linksextremistische Personengruppen** streben in ihren Heimatländern ein sozialistisches oder kommunistisches Herrschaftssystem an (s. Kapitel 2.3).

Die meisten der in Deutschland vertretenen „ausländerextremistischen“ Organisationen akzeptieren Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele und unterhalten in ihren Heimatländern bewaffnete Einheiten. Für Deutschland wird in der Regel ein Gewaltverzicht ausgesprochen, um sich nicht der Gefahr staatlicher Repressionen auszusetzen. Dennoch wenden sie in ihrem „Rückzugsgebiet“, als das sie Deutschland nutzen, Gewalt an – beispielsweise gegen den politischen Gegner oder gegen Polizeibeamte.

### Die separatistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

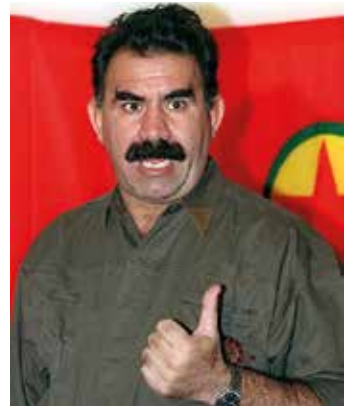
Mit bundesweit ca. 14.000 Anhängern ist die separatistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ („Partiya Karkeren Kurdistan“, PKK) mit Abstand die mitgliederstärkste transnational-extremistische Organisation in Deutschland. Die PKK wurde 1978 unter Berufung auf eine marxistisch-leninistische Ideologie gegründet. Das Ziel war die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“ in den Siedlungsgebieten der Kurden, welches sich über die Türkei, den Irak, den Iran und Syrien erstreckt. Dieses Ziel sollte mithilfe eines Guerillakrieges erreicht werden, der seit seiner Ausrufung im Jahr 1984 um die 40.000 Todesopfer gefordert haben soll, darunter nicht nur Angehörige der türkischen Streitkräfte und PKK-Milizen, sondern auch Polizeibeamte und Zivilisten. Eine größere politische und kulturelle Eigenständigkeit der Kurden in ihren Herkunftsländern, vor allem in der Türkei, ist nunmehr die offizielle Forderung der inzwischen stärker durch kurdischen Nationalismus geprägten PKK.

Gegründet wurde die PKK von Abdullah Öcalan, dem 1949 im Südosten der Türkei geborenen Sohn einer Türkin und eines Kurden. Öcalan ging Anfang der 1970er-Jahre in die türkische Hauptstadt Ankara, um Politikwissenschaften zu studieren. Dort kam er in Berührung mit sozialistischen Ideen und engagierte sich in einer linksextremistischen Untergrundorganisation. Schließlich schuf er zusammen mit seinen Weggefährten die „Arbeiterpartei Kurdistans“, die von Beginn an mit Waffengewalt ihre Ziele zu erreichen suchte. Schon bald musste Öcalan daher die Türkei verlassen



#### GUERRILLA<sup>11</sup>

*Der Begriff bezeichnet eine bewaffnete Gruppe, die sich militärisch bspw. mit der Armee des eigenen Landes auseinandersetzt. Wörtlich übersetzt bedeutet Guerilla „kleiner Krieg“.*



*Abdullah Öcalan, Gründer der PKK – im Hintergrund ist das Logo der Organisation zu erkennen*

11 Heinritz-Fuchs/Lautmann/Rammstedt/Wienold 2007.

und hielt sich fast zwanzig Jahre, nämlich bis 1998, in Syrien auf. Im darauffolgenden Jahr – Öcalan befand sich nach einer quasi Abschiebung durch den damaligen syrischen Staatschef Hafis el-Assad inzwischen auf der Flucht – wurde er in Kenia von türkischen Spezialeinheiten verhaftet und auf die Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer gebracht. Dort verbüßt er eine lebenslange Haftstrafe, in welche die Todesstrafe, zu der er verurteilt wurde, nach ihrer Abschaffung in der Türkei umgewandelt wurde.

Für Deutschland erlangte die PKK an Bedeutung, als in den 1980ern und 1990ern eine größere Zahl von Kurden hierher emigrierte. Unter ihnen waren auch PKK-Anhängerinnen und -Anhänger, die weiterhin für ihre Organisation aktiv sein wollten. Als sie jedoch im Juni 1993 das türkische Generalkonsulat in München überfielen, zwanzig Geiseln nahmen und es nahezu zeitgleich rund sechzig Überfälle und Brandanschläge auf türkische Einrichtungen wie Banken, Reisebüros und Vereine gab, wurde die PKK im November desselben Jahres durch den Bundesminister des Inneren (BMI) verboten. Im März 2017 und erneut im Januar 2018 aktualisierte das BMI die Verbotungsverfügung mit der Begründung, dass Wesen, Ziele und organisatorischer Apparat der PKK im Wesentlichen gleich geblieben seien.

Galt die PKK in Deutschland anfangs lediglich als kriminelle Organisation, so ist sich die Gerichtsbarkeit inzwischen einig, dass es sich bei ihr um eine kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland nach §§ 129a und 129b StGB handelt. Darüber hinaus wurde die PKK 2002 auf die Liste der terroristischen Organisationen der Europäischen Union gesetzt. Rechtsfolgen des Listings sind vor allem finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen in Form des Einfrierens von Vermögenswerten. Einen Automatismus dergestalt, dass ein Vereinsverbot in Deutschland automatisch zu einem Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Aufnahme der entsprechenden Organisation auf die Terrorliste der Europäischen Union führt, gibt es jedoch nicht.<sup>12</sup>



*Instrumentalisierung des Victory-Zeichens durch die PKK-Szene*

Trotz des Verbots und der Aufnahme in die EU-Terrorliste betrachtet sich die PKK auch in Deutschland weiterhin als einzig legitime Vertreterin der kurdischen Volksgruppe und erhebt damit einen Führungsanspruch, an dem andere kurdische Organisationen bisher gescheitert sind. Das wiederum wirkt sich auf die Selbstwahrnehmung ihrer Anhängerinnen und Anhänger aus, die kein Verständnis für einen kritischen Umgang mit der PKK erkennen lassen. Auch innerhalb der deutschen Gesellschaft kann die PKK auf einen breiten Sympathisantenkreis zurückgreifen. Dieser besteht vorwiegend aus Personen, die aus „Solidarität mit Kurdistan und den Kurden“ leicht die kriminellen bis terroristischen Züge der PKK übersehen.

## Die türkisch-nationalistische „Ülkücü-Bewegung“

Die bedeutendste nationalistische Bestrebung aus dem Phänomenbereich Ausländerextremismus ist seit mehreren Jahren die türkische „Ülkücü-Bewegung“ („**Bewegung der Idealisten**“) mit ihren als „**Graue Wölfe**“ bekannten Mitgliedern. Diese Bewegung glorifiziert das Türkentum und sieht sich als einzig wahre Hüterin türkischer Werte und Kultur – überhöht diese jedoch. Damit schürt sie Intoleranz gegenüber anderen Volksgruppen, was nicht im Sinne der im Grundgesetz in Artikel 9 geschützten Völkerverständigung

<sup>12</sup> Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages 2011.



und somit des gesellschaftlichen Friedens ist. Anhängerinnen und Anhänger der Ülkücü-Bewegung haben ein autoritär geprägtes Gesellschaftsverständnis und zeigen eine überdurchschnittliche Waffenaffinität; diese und die vorgenannten Merkmale klassifizieren zumindest Teile der türkisch-nationalistischen Szene als rechtsextremistisch.

Traditionell orientieren sich nationalistisch eingestellte Türkinnen und Türken an der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetçi Hareket Partisi“, MHP). Die MHP ist in der Türkei eine legale Partei und im dortigen Parlament vertreten. Ihr Logo besteht aus drei weißen Halbmonden auf rotem Untergrund – oft auch vereinfacht mit dem Schriftzug „cCç“ dargestellt. Ein weiteres, innerhalb dieser Szene weit verbreitetes Symbol ist der mit den Fingern der rechten Hand geformte „Wolfsgruß“, der dem in deutschen Schulen verwendeten „Leisefuchs/Schweigefuchs“ zum Verwechseln ähnlich sieht.

Der Ausdruck „Graue Wölfe“ ist die Übersetzung des türkischen Begriffs „Bozkurtlar“. So bezeichnet die Nationalistische Bewegung ihre jungen männlichen Anhänger. In den 1970er-Jahren bildeten die rechtsorientierten „Grauen Wölfe“ paramilitärische Einheiten, die regelmäßig gewalttätige Auseinandersetzungen mit linksorientierten Studentengruppen suchten. Junge weibliche Anhängerinnen der Nationalistischen Bewegung werden übrigens „Asena“ genannt. Beide Bezeichnungen entstammen der türkischen Ursprungsmythologie, nach der die Türken von der Wölfin Asena abstammen.<sup>13</sup>



Der Wolfsgruß türkischer Ultranationalisten

Innerhalb des türkisch-nationalistischen Milieus spielt das Narrativ des „Europäischen Türkentums“ („Avrupa Türklüğü“) eine große Rolle. Der Gründer und langjährige Vorsitzende der MHP, Alparslan Türkeş, prägte diesen Begriff als Gastredner auf der Generalversammlung seiner Anhänger in Deutschland im Jahr 1995. Damals forderte er die Anwesenden auf, aus pragmatischen Gründen die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen – nach der Logik „Werde Deutscher, bleibe Türke“. Durch den Eintritt in politische Parteien und die Übernahme verantwortungsvoller Ämter sollte zusätzlich versucht werden, spezifisch türkische Interessen gesellschaftlich zu manifestieren.<sup>14</sup>

Da die Ülkücü-Bewegung bzw. die unter diesem Begriff zusammengefassten Dachverbände und Vereine weder in der Türkei noch in Deutschland verboten sind oder als terroristisch gelten, haben sie so gut wie keine Sanktionen zu befürchten. Allerdings werden sie wie alle hier aufgeführten Organisationen vom Verfassungsschutz beobachtet, was durchaus mit Einschränkungen beispielsweise bei der Anmietung von Veranstaltungsräumen oder der steuerlichen Befreiung eines eingetragenen Vereines verbunden sein kann.

## Türkisch-linksextremistische Organisationen

Auch die meisten linksextremistischen Bestrebungen im Phänomenbereich „Ausländerextremismus“ sind Ableger von Hauptorganisationen in der Türkei. Das Bundesamt für Verfassungsschutz benennt die Zahl der in türkischen linksextremistischen Organi-

<sup>13</sup> Vgl. Arslan 2009.

<sup>14</sup> Vgl. Bozay 2017.

sationen engagierten Personen mit etwa 2.550.<sup>15</sup> Besonders in Erscheinung treten – vor allem im Zusammenwirken mit der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) oder mit deutschen linksextremistischen Organisationen – die „**Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei**“ („**Marksist Leninist Komünist Parti**“, MLKP) und die „**Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten**“ („**Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist**“, TKP/ML).<sup>16</sup>

Die MLKP wurde 1994 gegründet und hat in Deutschland ca. 600 Anhänger. Die TKP/ML wurde bereits 1972 gegründet, ist seit den 1990er-Jahren jedoch in zwei Lager gespalten und hat bundesweit ca. 800 Anhänger. Beide Organisationen haben ihre Wurzeln in der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Ihr gemeinsames Ziel ist der Umsturz des türkischen Staates und die Etablierung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Sie vereint weiter, dass sie sich als Vorhut der Arbeiterklasse sowie ethnischer Minderheiten in der Türkei verstehen. Zur Verteidigung derer Interessen greifen sie jedoch nicht nur zu

politischen Mitteln, sondern auch zu Waffen. Vor allem die Guerillaeinheit der TKP/ML, die „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ („Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu“, TIKKO), verübt in der Türkei terroristische Anschläge und ist in Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften verwickelt. So kam es laut eigenen Angaben der TKP/ML zwischen dem 24. und 28. November 2016 im Südosten der Türkei zu Gefechten mit türkischen Sicherheitskräften, bei denen 24 Mitglieder der TIKKO den Tod fanden.



Emblem der TKP/ML und ihrer bewaffneten Einheiten, der TIKKO

Nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 mobilisierte die MLKP ganz offen für den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS). MLKP-Mitglieder kämpften dabei gemeinsam mit dem militärischen Arm der PKK vor allem im von Kurden besiedelten Nordsyrien und im Nordirak. Dem Aufruf der MLKP folgten nicht nur Sympathisierende aus der Türkei, sondern auch aus Deutschland. Als am 20. Januar 2018 das türkische Militär im nordsyrischen Afrin seine „Operation Olivenzweig“ mit dem vorrangigen Ziel, die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) aus dem Grenzgebiet zur Türkei zu vertreiben, startete, zeigten sich die linksextremistischen Gruppierungen kämpferisch. Sie erklärten, mit eigenen Kämpferinnen und Kämpfern Widerstand gegen das als „Besatzer“ bezeichnete türkische Militär leisten zu wollen.

In der Türkei sind die TKP/ML und die MLKP als terroristische Vereinigungen verboten – nicht jedoch in Deutschland. Dennoch treten sie hier nicht offen als Partei auf, sondern unterhalten Umfeldorganisationen, die ihnen thematisch nahestehen und bei der Durchführung von Veranstaltungen, Demonstrationen und sonstigen Aktionen behilflich sind. Anlassbezogen findet auch eine Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten statt.

Um eine sowohl in der Türkei als auch in Deutschland verbotene Organisation handelt es sich bei der „**Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front**“ („**Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi**“, DHKP-C). Sie ist aus der 1978 gegründeten und 1983 in Deutschland verbotenen „Devrimci Sol“ („Dev-Sol“) hervorgegangen. Im August 1998 wurde die DHKP-C als Ersatzorganisation der Dev-Sol in das Verbot miteinbezogen. In der Türkei ist die DHKP-C terroristisch aktiv. Im Juni 2012 begann sie dort eine Serie

<sup>15</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2018.

<sup>16</sup> Landesamt für Verfassungsschutz.

von Anschlägen, die als Vergeltungsaktionen für den Tod von Aktivistinnen und Aktivisten durch türkische Sicherheitskräfte gerechtfertigt wurden. Richteten sich diese zunächst gegen Einrichtungen und Angehörige der Polizei, waren später auch andere türkische und US-amerikanische Einrichtungen und Personen Ziele der Anschläge. So nahmen beispielsweise zwei DHKP-C-Mitglieder im März 2015 im zentralen Justizgebäude von Istanbul einen Staatsanwalt in seinem Büro als Geisel. Bei dem Befreiungsversuch kam es zu einem Schusswechsel mit der Polizei. Dabei wurden der Staatsanwalt und die Täter erschossen. Die verschärften Sicherheitsmaßnahmen nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 führten wieder zu einem deutlichen Rückgang von Anschlägen der DHKP-C.

In Europa agiert die DHKP-C gewaltfrei. Dennoch wird sie seit 2002 in der Liste terroristischer Organisationen der Europäischen Union aufgeführt – in den USA gilt sie bereits seit 1997 als terroristische Organisation. Funktionäre dieser verbotenen Organisation verhalten sich konspirativ, sie verwenden z. B. Decknamen und wechseln häufig den Aufenthaltsort. Ihre Anhänger haben Tarnorganisation gegründet, die sich als „Anatolische Föderation“ („Anadolu Federasyonu“) oder als „Volksfront“ („Halk Cephesi“) bezeichnen.

Ein wichtiger Bestandteil des DHKP-C-Spektrums ist die im Jahr 1985 in der Türkei gegründete Musikgruppe „Grup Yorum“, die sich selbst als eine Gruppe mit einem „revolutionär-sozialistischen Musikverständnis“ darstellt. Neben ihrer Betätigung als Musiker beteiligen sich ihre Mitglieder auch an Demonstrationen, Streiks und Besetzungsaktionen. Aufgrund ihrer engen Verbindungen zur verbotenen DHKP-C werden gegen das Ensemble häufig Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation eröffnet. Die meisten von ihnen waren schon einmal in Haft, weshalb sich die Zusammensetzung der Band öfter ändert. „Grup Yorum“ tritt auch in Deutschland auf, vornehmlich vor Publikum, das mit der DHKP-C sympathisiert. Ihre Konzerte dienen u. a. der Propaganda für die verbotene Organisation, indem ihre Publikationen verteilt werden sowie Spruchbänder und Bilder mit DHKP-C-Bezug zu sehen sind. Es kommt auch vor, dass Redeauftritte von Organisationskadern in den Programmablauf aufgenommen werden.



Emblem der DHKP-C-nahen Musikgruppe „Grup Yorum“

Anders als die vorgenannte MLKP oder TKP/ML hat die DHKP-C ein eher distanzierendes Verhältnis zur kurdischen PKK. Ihr Vorwurf lautet, dass sich die PKK zu sehr von ihren ursprünglich revolutionären Zielen entfernt und zu einer von Nationalismus geprägten Organisation gewandelt habe. Entsprechend finden weder gemeinsame Veranstaltungen in Deutschland statt, noch unterstützte die DHKP-C mit eigenen Einheiten die PKK im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS).

## Strukturen und Aktionsformen

Zur Bewertung extremistischer Organisationen ist es wichtig, sich nicht auf das primär wahrnehmbare Wirken nach außen zu beschränken. Denn durch öffentlichkeitswirksame Teilnahmen an örtlichen Stadtfesten, vordergründig unpolitischen Kulturveranstaltungen oder Sportturnieren für Jugendliche kann es extremistischen Organisationen durchaus gelingen, ein unvollständiges bzw. verzerrtes Bild von sich zu konstruieren. Es muss auch der Blick in das Innenleben, auf den strukturellen

Aufbau und die organisationsinternen Mechanismen sowie auf die Angebote für die Mitglieder gerichtet werden. Erst dann werden die kritischen Aspekte sowie Rekrutierungs- und Mobilisierungsstrategien extremistischer Organisationen auch für den Laien erkennbar. Das wiederum ist wesentlich für eine erfolgreiche Extremismusprävention.

## Die separatistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)



*Emblem der  
NAV-DEM, der  
Dachorganisation  
PKK-naher Vereine  
in Deutschland*

In Deutschland hat die mit der PKK sympathisierende Szene mit den Jahren ein weites Netz von illegalen, aber auch legalen Strukturen aufbauen können. Eine zentrale Rolle spielen dabei eingetragene kurdische Vereine, in denen fast ausschließlich Anhängerinnen und Anhänger der PKK verkehren – und zwar Generationen übergreifend. Diese sind unter dem Dach des „Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland e. V.“ („Navenda Civaka Demokratîya Kurdên li Elmanyayê“, NAV-DEM) organisiert. Auf der Homepage von NAV-DEM findet man eine Auflistung seiner Mitgliedsvereine, die von den Sicherheitsbehörden als „PKK-nahe Vereine“ bezeichnet werden und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

Die direkt mit der PKK in Verbindung stehenden und daher illegalen Strukturen werden von dem „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa“ („Kongreya Civakên Demokratîk a Kurdîstaniyên Li Ewropa“, KCDK-E) bestimmt. Dieser setzt die Vorgaben der obersten PKK-Führung, die sich im nordirakischen Kandil-Gebirge aufhält, in die Praxis um. Hierfür bedient sie sich der Räumlichkeiten der „PKK-nahen-Vereine“. Auch wenn die Eigenbezeichnungen sowohl des legalen als auch des illegalen Spektrums das Wort „demokratisch“ beinhalten, so kann bei weitem nicht von demokratischen Verhältnissen gesprochen werden. Bei der PKK handelt es sich um eine straff hierarchische Kaderorganisation, in der ein autoritärer Führungsstil herrscht; sie überlässt nichts dem Zufall und verfügt über interne Kontroll- und Sanktionsmechanismen.

Um in so viele Gesellschaftsbereiche wie möglich einzudringen, hat die PKK zahlreiche Teilorganisationen speziell für Frauen, Jugendliche, Studierende und die innerhalb der kurdischen Volksgruppe vertretenen unterschiedlichen Glaubensrichtungen gegründet. Besonders wirkungsvoll sind die vom Betätigungsverbot des BMI ebenfalls betroffenen Jugendorganisationen, die die Bezeichnungen „KOMALEN CIWAN“ („Gemeinschaften der Jugend“) oder „Ciwanan Azad“ („Freie Jugend“) tragen. Sie treten vor allem bei Demonstrationen oder durch sogenannte „hit-and-run-Aktionen“ in Erscheinung. Darunter versteht man militante Aktionen wie das Werfen von Molotowcocktails. Der „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ („Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan“, YXK) versucht vorwiegend, Räumlichkeiten von Universitäten für propagandistische Veranstaltungen im Sinne der PKK zu nutzen und mobilisiert unter den Studierenden für externe Veranstaltungen.

Primär von der Gesellschaft wahrgenommene Aktivitäten der PKK-Szene sind vor allem die von den eingetragenen Vereinen durchgeführten Demonstrationen. Diese sind in der Regel bei der örtlichen Ordnungsbehörde angemeldet und thematisieren aktuelle Ereignisse in den Herkunftsländern der Kurden, vornehmlich in der Türkei und in Syrien. Während der Schreckensherrschaft des sogenannten „Islamischen Staates“ in Syrien und Irak fanden zahlreiche Demonstrationen gegen die Besetzung kurdischer Städte durch diese Terrororganisation statt. Regelmäßig beinhalten sie auch die Forderung, den PKK-Gründer Abdullah

Öcalan aus seiner lebenslangen Haft zu entlassen, oder die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland. An diesen Demonstrationen nehmen häufig hundert und mehr Personen teil, wobei neben jungen Männern auch immer Frauen und Kinder vertreten sind.

Einem weit geringeren Publikum sind interne Aktivitäten der PKK-Szene bekannt, bei denen sie die Gründung ihrer Partei feiert oder ihrer verstorbenen Kämpfer gedenkt. Derartige Veranstaltungen, an denen meist mehrere Generationen teilnehmen, sind geprägt von Militarismus und Kampfgeist. Junge Frauen und Männer – die meisten mit Sicherheit in Deutschland aufgewachsen, wenn nicht sogar geboren – laufen uniformiert, im Gleichschritt und Fahnen der PKK schwenkend in die Veranstaltungssäle ein. Dabei rufen sie in kurdischer Sprache: „Die Märtyrer sind unsterblich!“ und „Lang lebe Apo!“ Apo ist die Kurzform von Abdullah und innerhalb dieses Milieus die gängige Bezeichnung für Abdullah Öcalan, um den auch noch 20 Jahre nach seiner Verhaftung ein absoluter Personenkult betrieben wird. Anlässlich seines Geburtstages finden in den Vereinen Feiern statt, bei denen kleine Kinder Geburtstagslieder für den Gründer der PKK singen. Sie wachsen mit der Vorstellung auf, dass Öcalan der einzig rechtmäßige Anführer der Kurden in einem scheinbar niemals endenden Kampf gegen Unterdrückung und Unterjochung sei.



Anhängerinnen und Anhänger der PKK in Berlin

Ein von der Gesellschaft gänzlich unbemerkt ablaufender Prozess – da strafbar – ist das Sammeln von Geldern für den Parteiapparat der PKK und für die Versorgung und Ausstattung ihrer Guerillakämpfer; aber auch für den aufwendigen Medienapparat sowie weitere Propagandaaktivitäten braucht die PKK hohe Geldsummen. So sollen möglichst viele kurdische Landsleute bei der alljährlichen „Spendenkampagne“ einen an ihrem Einkommen ausgerichteten, größeren Betrag zahlen. Auf diese Weise nimmt die PKK inzwischen allein in Deutschland deutlich über zehn Millionen Euro pro Jahr ein. Dabei ist eine nahezu kontinuierliche Steigerung zu beobachten: Die Einnahmen durch diese Kampagne haben sich innerhalb der letzten zehn Jahre (2007–2017) fast verdreifacht.



Personenkult um Abdullah Öcalan

Der aufwendige Medienapparat der PKK wurde bereits angesprochen. Neben Fernsehsendern, Zeitschriften und Internetseiten spielt die in Deutschland mit einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren herausgegebene Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ („Neue Freie Politik“; YÖP) eine besondere Rolle. Bei uns ist diese freiverkäufliche türkisch/kurdisch-sprachige Publikation eines der zentralen Sprachrohre der PKK. Sie dient der Verbreitung organisationsspezifischer Themen und grundlegender politischer Äußerungen von PKK-Funktionären. Die Mobilisierung für Veranstaltungen findet zunehmend über soziale Netzwerke im Internet statt.



Die PKK-Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“

## Die türkisch-nationalistische Ülkücü-Bewegung

Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“, ADÜTDF) bildet innerhalb der ultranationalistischen Ülkücü-Bewegung die größte Gruppierung. Von ihren Mitgliedern wird sie ausschließlich „Türk Federasyon“ genannt. Gegründet wurde die ADÜTDF bereits



Emblem der ADÜTDF, des größten Dachverbandes türkisch-nationalistischer Vereine in Deutschland

im Jahr 1978 in Frankfurt am Main; dort hat sie seither auch ihren Vereinssitz. Im Dachverband „Türkische Konföderation in Europa“ („Avrupa Türk Konfederasyon“, ATK) sind neben der ADÜTDF zehn weitere nationale Vereinigungen z. B. aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden vereint. Bundesweit hat die ADÜTDF ca. 170 Ortsvereine. Sie nennen sich „Idealistenverein“ („Ülkü Ocağı“) oder „Türkischer Kulturverein“ und sind vor allem auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg verteilt.

Im Gegensatz zu den anderen hier genannten extremistischen Milieus aus dem Bereich „Ausländerextremismus“ setzen nationalistische Türken weniger auf öffentlichkeitswirksame Handlungsmuster wie beispielsweise das Durchführen von eigenen Demonstrationen. Allerdings nehmen Personen aus dem Ülkücü-Spektrum immer öfter an Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen von Anhängern der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ („Adalet ve Kalkınma Partisi“, AKP) teil. Das hat seinen Grund in dem neuerlichen Bündnis zwischen der AKP und ihrer eigenen Partei, der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetçi Hareket Partisi“, MHP) in der Türkei; daher vermischt sich zum Teil das Klientel beider Parteien auch hier in Deutschland. Die türkischen „Idealistenvereine“ sind gerne – wie auch die PKK-nahen kurdischen Vereine – auf örtlichen Stadtfesten mit eigenen Ständen vertreten. Im Vordergrund stehen dann jedoch weniger die Verbreitung politischer Botschaften, sondern der Verkauf von Kulinarischem. Bei genauerem Hinsehen kann man aber die eindeutige Symbolik der Vereine erkennen, für die eine derartige Teilnahme jedoch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat, kommt sie doch der Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft gleich.



Emblem der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP

Die Mitglieder der ADÜTDF sehen sich als eine einzige große Familie und legen daher Wert darauf, viel Zeit miteinander zu verbringen. Sie treffen sich dafür in den jeweiligen Vereinsräumlichkeiten oder in angemieteten Festsälen zu unterschiedlichen Anlässen. Das können sowohl türkische oder muslimische Feiertage, Familienfeiern aber auch der Geburts- oder Todestag des Gründers ihrer Partei, Alparslan Türkes, sein. Um ihn wird auch heute noch, mehr als zwanzig Jahre nach seinem Ableben, ein absoluter Personenkult betrieben. Seine ideologischen Thesen gehören zum Schulungsprogramm für nachkommende Generationen. In Seminaren, die auch mehrtägig sein können, werden Jugendliche mit Alparslan Türkes und seinen Weggefährten, wie zum Beispiel dem bekennenden Rassisten

Nihal Atsız, vertraut gemacht. In der Regel handelt es sich dabei um Kinder von Vereinsmitgliedern, denn im Ülkücü-Milieu ist die familiäre Bindung an die Partei noch stark ausgeprägt.

Korankurse, Theatergruppen und Fußballmannschaften runden das Angebot für Kinder und Jugendliche ab und tragen dazu bei, dass die Vereine zu wichtigen Bezugsorten werden. Nicht ohne Grund spricht man von der Ülkücü-Bewegung als einer stark identitätsstiftenden Bewegung, die den Heranwachsenden neben einer klaren Identität auch ein einfaches Weltbild vermittelt. Darin spielt die glorifizierte Türkei mit ihren Helden der Vergangenheit und der Gegenwart die Hauptrolle.

## Türkisch-linksextremistische Organisationen

Auch wenn die Anhängerzahlen der türkisch-linksextremistischen Organisationen überschaubar sind, haben sie in Deutschland mehrere Verbände und Vereine gegründet, die bereits seit vielen Jahren existieren. Zwar sind TKP/ML und MLKP hierzulande nicht verboten, dennoch haben sie über die Jahre ein Netz sogenannter Umfeldorganisationen aufbauen können, die den



Hauptorganisationen inhaltlich sehr nahestehen und in ihrem Sinne Aktivitäten entfalten. Die verbotene DHKP-C ist dagegen auf sogenannte Tarnorganisationen, bei denen es sich wie bei den Umfeldorganisationen um legale, eingetragene Vereine handelt, angewiesen.

Die TKPM/ML wird in der Öffentlichkeit vor allem von der „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland“ („Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu“, ATIF) bzw. von der europäischen Dachorganisation „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ („Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu“, ATIK) und von der „Neuen Demokratischen Jugend“ („Yeni Demokrat Gençlik“, YDG) vertreten. Die gängigen Handlungsmuster dieser Organisationen sind das Betreiben von Informationsständen, die Teilnahme an Demonstrationen und das Durchführen von Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Parteigründers der TKP/ML, Ibrahim Kaypakkaya. Aber auch das Gedenken an TKP/ML-Kämpferinnen und -kämpfer, die bei Gefechten mit türkischen Sicherheitskräften den Tod gefunden haben, und Solidaritätsveranstaltungen für in Deutschland inhaftierte TKP/ML-Aktivistinnen und Aktivisten.



Emblem der ATIF

Die MLKP wird von der „Föderation der Arbeitsimmigrant/innen in Deutschland e. V.“ („Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu“, AGIF) bzw. der europäischen Dachorganisation „Konföderation der unterdrückten Immigranten in Europa“ („Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu“, AvEG-KON) unterstützt.



Emblem der AGIF

Besonders aktiv ist die ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung „Young Struggle“. Sie gilt als Jugendorganisation der MLKP, die sich wie folgt selbst darstellt:

„Young Struggle wurde im Herbst 2010 durch einen Europakongress gegründet. Die zuvor als Aveg-Kon-Jugend agierende Jugendorganisation organisierte sich während dieses Kongresses zu Young Struggle. Mit diesem Schritt wurde eine europaweite Struktur für den gemeinsamen, revolutionären Kampf der einheimischen und migrantischen Jugendlichen aus den jeweiligen Ländern geschaffen. Dies war nicht nur eine Namensänderung, vielmehr ein notwendiger Schritt im revolutionären Kampf um Jugendliche zu politisieren und zu organisieren für eine bessere und gerechtere Gesellschaft.“<sup>17</sup>

Zu den Hauptaktivitäten von „Young Struggle“ gehören die Teilnahmen an Demonstrationen und anderen Protestaktionen. So beteiligten sich ihre Mitglieder an den Protesten gegen das im Juli 2017 in Hamburg stattgefundenen jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt“ (G20). Zum Schutz des G20-Gipfels waren mehr als 20.000 Polizeibeamte im Einsatz gewesen; damit handelte es sich um den größten Polizeieinsatz in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Unter den vielen Demonstranten, die in der Gipfelwoche gegen die Veranstaltung protestierten, befanden sich nämlich circa 8.000 Gewaltorientierte. Es kam unter anderem zu massiven Konfrontationen mit Polizeikräften und zu erheblichen Sachschäden – eingeschlagene Scheiben an Polizeifahrzeugen, Ladenlokalen und Verwaltungsgebäuden, angezündete Müllcontainer und zerstörte Straßen.



Logo der Gruppe Young Struggle

Ein weiteres Aktionsfeld von Young Struggle ist das Durchführen von Festivals und Jugendcamps, die mit relativ harmlos klingenden Worten beworben werden:

<sup>17</sup> Young Struggle Duisburg.

„Jedes Jahr kommen Jugendliche aus ganz Europa zusammen, um solidarisch zusammen zu lernen, Zeit miteinander zu verbringen oder einfach ein bisschen Spaß zu haben. Das Camp wird von Jugendlichen für Jugendliche organisiert und der Fokus liegt dabei darauf, ein bisschen Abstand von unserem stressigen Alltag in einem System zu bekommen, das uns jeden Tag so einiges abfordert. Deshalb ist es für uns die oberste Priorität, dass wir genossenschaftlich miteinander umgehen und aufeinander achtgeben. Jeden Tag gibt es verschiedene Vorträge, Diskussionen, Workshops und Freizeitaktivitäten, an denen jede\*r teilnehmen kann.“<sup>18</sup>

Diese Selbstdarstellung zeigt jedoch nur das eine Gesicht der MLKP-nahen Szene. Wie bereits erwähnt mobilisierte die MLKP nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 offen für den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ und gründete sogar eigene Kampfeinheiten zur Unterstützung des militärischen Arms der PKK in Nordsyrien und im Nordirak. Durch die Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg hat die MLKP auch Tote aus ihren Reihen zu beklagen. Diese werden bei speziellen Gedenkfeiern für die in Rojava – so die kurdische Bezeichnung Nordsyriens – Gefallenen geehrt. Prominentestes Beispiel ist Ivana H., eine 1995 in Düsseldorf geborene deutsche Staatsbürgerin mit westafrikanischen Wurzeln väterlicherseits. Am 7. März 2015 wurde sie in einem Gefecht gegen bewaffnete Kräfte des „Islamischen Staat“ im syrischen Tell Tamer getötet. Seitdem gilt sie innerhalb der Szene als eine besondere Märtyrerin.

Die Anhängerinnen und Anhänger der DHKP-C sind in der Anatolischen Föderation und ihren Ortsvereinen organisiert, wo ebenfalls ein ausgeprägter Märtyrerkult um Mitglieder der Organisation betrieben wird, die bei terroristischen Aktionen ihr Leben verloren haben. Dafür werden in den Vereinsräumlichkeiten Bildnisse der Verstorbenen ausgelegt und mit Kerzen geschmückt. In diesen Vereinen verkehren mehrere Generationen und somit auch Kinder, die mit diesem Märtyrerkult aufwachsen. So besteht die Gefahr, dass sie diesen Kult nicht mehr hinterfragen, sondern als Selbstverständlichkeit betrachten.

Diese Glorifizierung von sogenannten „Märtyrern“ findet auch in der Zeitschrift „Yürüyüş“ („Marsch“) statt. Als zentrales Publikationsorgan der DHKP-C sind Herstellung und Vertrieb der „Yürüyüş“ ebenfalls vom Verbot der Organisation aus dem Jahr 1998 erfasst. Damit unterliegt der Vertrieb dieser Publikation denselben strafrechtlichen Sanktionen wie alle sonstigen gegen das DHKP-C-Verbot gerichteten Aktivitäten.

Ein weiteres Aktionsfeld für die DHKP-C-Szene ist das Durchführen von Demonstrationen und das Betreiben von Infoständen, um auf die Situation von den in Deutschland, aber auch in der Türkei inhaftierten Personen aus ihren eigenen Reihen aufmerksam zu machen, beispielsweise für den mutmaßlichen Europaleiter. Dessen Festnahme im Dezember 2016 in Hamburg war ein großer Erfolg für die Ermittlungsbehörden und gleichzeitig ein schwerer Schlag für die DHKP-C in Deutschland und Europa. Die Szene rief daraufhin das Motto „Revolutionär zu sein ist kein Verbrechen“ aus. Unter diesem Motto entwickelte sie unterschiedliche Aktivitäten, unter anderem einen „Langen Marsch“, der vom 31. Dezember 2016 bis 18. März 2017 durch verschiedene deutsche Städte und ins benachbarte Ausland führte und von Kundgebungen begleitet war.

<sup>18</sup> Young Struggle.



## Fazit

Die Beleuchtung des Phänomenbereichs „Transnationaler Extremismus“ bzw. „Ausländerextremismus“ und der polizeilichen Kategorie „Politisch Motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ mit dem Fokus auf die Türkei als Herkunftsregion hat gezeigt, dass es in Deutschland extremistische Milieus gibt, die bereits seit Jahrzehnten existieren und denen es noch immer gelingt, in den nachrückenden Generationen Anhänger zu rekrutieren. Trotz ihrer breiten Präsenz scheinen diese Bereiche von der Extremismusprävention bisher jedoch nur wenig beachtet worden zu sein. Das mag mitunter daran liegen, dass es wie gezeigt unterschiedliche Herangehensweisen an diese transnational-extremistischen Phänomene gibt bzw. dass auf einer deskriptiven Ebene verblieben wird und es an analytischen Arbeiten diesbezüglich mangelt.

Eine eingehende Beschäftigung mit in sich geschlossen wirkenden transnational-extremistischen Migrantenmilieus, auf der dann eine gute Präventionsarbeit aufbauen kann, ist jedoch nötiger denn je; nicht zuletzt, da seit einigen Jahren auch das Konfliktpotenzial zwischen den einzelnen extremistischen Gruppierungen immer explosiver geworden ist. Nicht selten kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängerinnen und Anhängern der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Personen mit türkischem Migrationshintergrund, wobei beide Lager zu nationalistischen, das Gegenüber abwertenden Einstellungen neigen.<sup>19</sup> Seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges gerieten in Deutschland vereinzelt auch sogenannte Salafistinnen und Salafisten sowie kurdischstämmige Personen aneinander. Damit werden die im Nahen Osten vorherrschenden Konflikte auch in Deutschland ausgetragen – wenn auch nicht mit denselben zerstörerischen Mitteln und in viel geringeren Dimensionen. Dennoch drängen sich hier folgende Fragen auf: Weshalb übernehmen Jugendliche Identitätskonstruktionen extremistischer Organisationen, die ihren Ursprung im Ausland haben? Wie kann eine Sozialisationskette innerhalb transnational-extremistischer Milieus unterbrochen werden? Mit welchen Identitätsangeboten für Jugendliche mit Migrationshintergrund kann Extremismusprävention dauerhaft gelingen?

<sup>19</sup> Vgl. Hanroth 2011.

## Literatur

- Arslan, Emre (2009): Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum: Türkische Graue Wölfe in Deutschland. Wiesbaden, VS Verlag.
- Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.) (2012): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland. Münster, Unrast Verlag.
- Bayrak, Secan/Vidinlioglu, Ilker (2012): 'Ausländerextremismus' im Wandel? in Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutz 1952-2012. Stuttgart, Buderich Verlag.
- Bozay, Kemal (2017): Unter Wölfen?! Rechtsextreme und nationalistische Einstellungen unter Türkeistämmigen in Deutschland. In: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, Springer VS.
- Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.) (2017): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, Springer VS.
- Bozay, Kemal/Mangitay, Orhan (Autoren): Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. (Hrsg.) (2016): Ich bin stolz, Türke zu sein. Graue Wölfe und türkischer (Rechts-)Nationalismus in Deutschland. Wuppertal, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2009): Aus Politik und Zeitgeschichte: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, Ausgabe 5/2009. Bonn, BpB.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2011): Aus Politik und Zeitgeschichte: 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei, Ausgabe 43/2011. Bonn, BpB.
- Erben, Sayime (2009): Zwischen Diskriminierung und Straffälligkeit. Diskriminierungserfahrungen strafällig gewordener türkischer Migrantenjünglicher der dritten Generation in Deutschland. München, Utz-Verlag.
- Greuel, Frank/Glaser, Michaela (Hrsg.) (2012): Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Erscheinungsformen und pädagogische Praxis in der Einwanderungsgesellschaft. Halle, Deutsches Jugendinstitut.
- Hanrath, Jan (2011): Spannungen zwischen Migrantengruppen: Importiert oder hausgemacht? Empfehlungen an kommunale Akteure am Beispiel des türkisch-kurdischen Konflikts. In: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.). Bonn.
- Hanrath, Jan (2012): Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten – Das Beispiel Türken und Kurden in Berlin. Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 105/2012).
- Heinrich Böll Stiftung (Migration Integration Diversity) (2011): Transnationalismus & Migration (Dossier). Berlin, S. 7.
- Heinritz-Fuchs, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hannes (2007): Guerilla. In: Heinritz-Fuchs, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hannes (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. 4. grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 258.
- Hillmann, Karl-Heinz (2007): Kollektivismus. In: Wörterbuch der Soziologie. 5. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart, Alfred Körner Verlag, S. 434.
- Römhild, Regina (2011): Transnationale Migration und soziokulturelle Transformation: Die Kosmopolitisierung der Gesellschaft. In: Heinrich Böll Stiftung (Migration Integration Diversity): Transnationalismus & Migration (Dossier). Berlin, S. 35.
- Schührer, Susanne (2018): Türkeistämmige Personen in Deutschland. Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung ‚Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015‘ (RAM). Working Paper 81 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Strohmeier, Martin/Yalcin-Heckmann, Lale (2016): Die Kurden. Geschichte Politik Kultur. München, C. H. Beck.
- Tas, Savas (2012): Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus. Münster, Westfälische Dampfboot.

Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2011): Die Terrorlisten der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Zur Funktionsweise des Listingverfahrens, Aktenzeichen: WD 11 – 3000 – 11/11.

## Quellen

Bundesamt für Verfassungsschutz (2015): Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Köln.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2017): Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte. Köln.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2018): Türkische Linksextremisten und ihre Organisationen in Deutschland. Köln.

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.) (2012): Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin.

Bundeskriminalamt (2016): Definitionssystem politisch motivierte Kriminalität. Meckenheim. S. 9f.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Mai 2018): Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen. Berlin.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin.

Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Kollektivismus, online aufrufbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19795/kollektivismus>.

Landesamt für Verfassungsschutz/Baden-Württemberg: TKP-ML, online aufrufbar unter: [http://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite/Arbeitsfelder/TKP\\_ML](http://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite/Arbeitsfelder/TKP_ML).

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg (2018): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2017. Stuttgart.

Young Struggle Duisburg: Selbstverständnis von Young Struggle. <http://ysduisburg.blogspot.com/p/young-struggle.html>.

Young Struggle. <https://young-struggle.org/?p=210>.

## Bildquellen

Abdullah Öcalan, Gründer der PKK : © picture-alliance/dpa.

Anhängerinnen und Anhänger der PKK in Berlin: © picture alliance/Wolfgang Minich.

Der Wolfsgruß türkischer Ultranationalisten: © picture alliance/dpa.

Emblem der ADÜTDF: Türkischen Föderation in Deutschland, <https://de.wikipedia.org/wiki/Da:tei:2445d-turkfed.jpg>.

Emblem der AGIF: AGIF - Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu, <https://www.facebook.com/AgifHaber/photos/a.1614446815479156/1617498095174028/?type=1&theater>.

Emblem der ATIF: ATIF - Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu, <https://de-de.facebook.com/atif1976/photos/a.128310073959817/522010547923099/?type=1&theater>.

Emblem der DHKP-C-nahen Musikgruppe Grup Yorum: Grup Yorum, <https://www.avrupa-postasi.com/images/upload/yorum%202.jpg>.

Emblem der NAV-DEM: Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V., <https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2017/08/20170628-kullanilan-navdemf96b83-image-768x388.jpg>.

Instrumentalisierung des Victory-Zeichens durch die PKK-Szene: © picture-alliance/dpa.

Logo der Gruppe Young Struggle: KasimBoran, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Young\\_Struggle.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Young_Struggle.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>.

Personenkult um Abdullah Öcalan: © picture alliance / Boris Roessler/dpa

Titelbild der Yürüyüş-Ausgabe Nr. 483 (05. April 2015): Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi, Cover Zeitschrift Yürüyüş, April 2015.